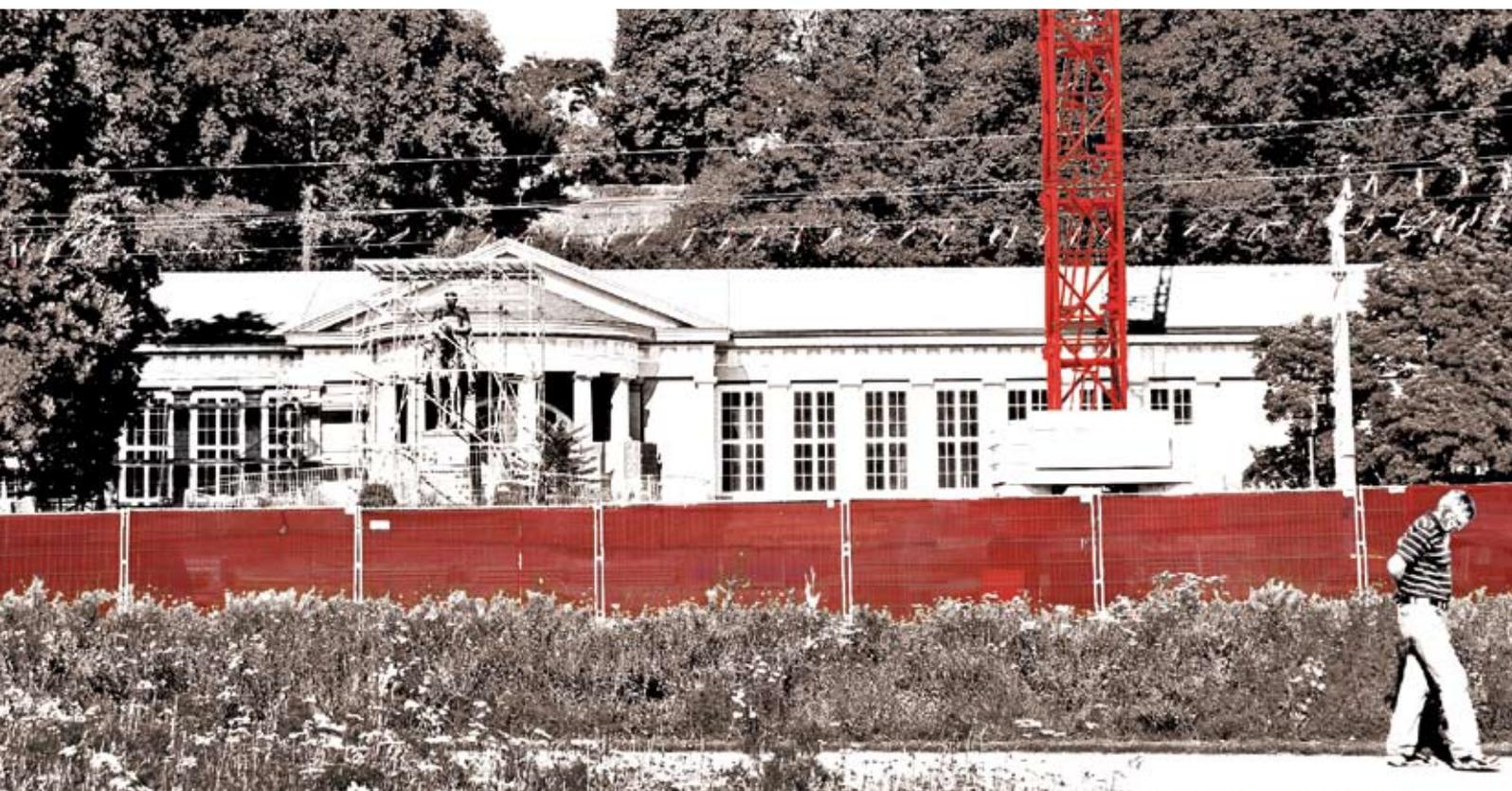




quergedacht
in Baden-Württemberg



Baustellen der repräsentativen Demokratie



**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Fritz-Erler-Forum
Baden-Württemberg

Editorial



Quer gedacht

Demokratie lebt von der Identifikation der Bevölkerung mit den Werten und Verfahren des demokratischen Systems. Sie kann nur bestehen, wenn sich alle am politischen Leben beteiligen und erfahren, dass die wesentlichen gesellschaftlichen Probleme gerecht gelöst werden. Dies ist heute nicht mehr selbstverständlich. Bei unserem Thementag „Baustellen der repräsentativen Demokratie“ am 2. Juli 2011 in Pforzheim beleuchteten wir einige Ursachen dieser Trends, um konkrete Handlungsempfehlungen zu folgenden Fragen zu entwickeln:

- Welche konkreten Anschlussstellen für den Abbau von Demokratiedistanz gibt es in unserer repräsentativen Demokratie?
- Wie können Beteiligungsmöglichkeiten so gestaltet werden, dass alle sozialen Gruppen an ihr möglichst gleichberechtigt teilhaben können? Die Ergebnisse fassen wir in dieser Dokumentation zusammen.

*Dr. Sabine Fandrych
Leiterin des Fritz-Erler-Forums*

Inhalt

Baustellen der repräsentativen Demokratie	2
Fünf Thesen zu...	4
Stimmen der Teilnehmenden	9
World-Café	11

„Baustellen der repräsentativen

Wege zu mehr Bürgerbeteiligung und Partizipation

Im Nachgang zu den Ereignissen um den Stuttgarter Bahnhof ist der Ruf nach mehr Bürgerbeteiligung in aller Munde. Von Arroganz der Macht, Parteienverdrossenheit und Krise der Demokratie ist die Rede. Diesen Phänomenen soll durch mehr Partizipation entgegengewirkt werden. Doch welche Chancen und Gefahren ergeben sich dabei? – Diese Fragen sollten während der Quergedacht-Veranstaltung beleuchtet werden und darum stellte sie das Fritz-Erler-Forum auch an Peter Friedrich, Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten des Landes Baden-Württemberg.

Was wurde im Bereich Demokratiewandel schon erreicht und wo besteht noch Handlungsbedarf?

Peter Friedrich: Die zurückliegende Landtagswahl in Baden-Württemberg hat bezüglich des Demokratiewandels ein ermutigendes Signal gesetzt. Nicht nur im Hinblick auf das Ergebnis einer grün-roten Mehrheit, sondern vor allem bezüglich der Steigerung der Wahlbeteiligung um fast 13 % gegenüber der Wahl von 2006 – dies kann als klarer Erfolg der Demokratie betrachtet werden.

Es bestehen trotzdem noch einige Baustellen, an denen gearbeitet werden muss, denn das wachsende Unbehagen an der gelebten Praxis der Demokratie in unserer Gesellschaft ist unübersehbar. Nicht nur dass das Wort „Wutbürger“, das die Empörung der Bevölkerung über die Exklusion von politischen Entscheidungen ausdrückt, zum Wort des Jahres 2010 erkoren wurde, sondern auch, dass laut Demokratiereport der Friedrich-Ebert-Stiftung 37 % aller Deutschen glauben, dass die Demokratie in Deutschland weniger gut oder schlecht funktioniert. Es lässt sich ganz deutlich ein Vertrauensverlust der Bürger in das politische System erkennen.

Wo liegen Ihrer Meinung nach die Ursachen dieses Vertrauensverlusts und wie kann das Vertrauen der Bürger zurückgewonnen werden?

Peter Friedrich: Als Ursachen können mehrere Faktoren betrachtet werden. Zum einen die Globalisierung, die die national gefasste Demokratie an die Grenzen der Einflussmöglichkeit stoßen lässt. Dann die Schwierigkeiten in der politischen Kommunikation, die bisweilen zu verschachtelt, zu fachlich und teilweise sachentleert ist. Eine weitere Ursache sehe ich in der Medienberichterstattung, die zunehmend polarisieren will, statt sachlich differenziert über politische Debatten und Entscheidungen zu berichten. Zuletzt sehe ich den Vertrauensverlust außerdem in der geringen Innovationskraft, aufgrund des Ausschlusses der Zivilgesellschaft an politischen Prozessen, begründet. Neue Ideen können nur entstehen, wenn neue





Demokratie“

Akteure am politischen Geschehen beteiligt werden.

Das Vertrauen der Bürger kann jedoch durch Mitbestimmung zurückgewonnen werden und ich denke, dass die Landesregierung diesbezüglich in Zukunft den richtigen Weg einschlägt. Dies lässt sich beispielsweise an dem Versuch erkennen, zukünftig in stärkerem Maße direktdemokratische Elemente einzusetzen. Unter dieser Prämisse sehen wir auch die Schaffung von gesetzlichen Voraussetzungen für eine Volksinitiative auf Landesebene oder die Senkung der formalen Hürden für Volksbegehren. Aus meiner Sicht wäre die weitgehende Abschaffung des Zustimmungsquorums ein wichtiger Schritt für eine zukunftsfähige Demokratie.

Was kann im Kleinen, also beispielsweise auf kommunaler Ebene, für den Demokratiewandel getan werden?

Peter Friedrich: Auch auf kommunaler Ebene wollen wir die Hürden für Bürgerbegehren

und Bürgerbescheide absenken. Die Bürger sollen außerdem die Möglichkeit bekommen, Landrätinnen und Landräte direkt zu wählen. Wir befürworten, dass Jugendgemeinderäte ein verbindliches Antrags- und Rederecht im Gemeinderat erhalten und sich finanziell selbst verwalten. Weiterhin soll das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre herabgesetzt werden.

Was sind also die Ziele für die Zukunft der Demokratie?

Peter Friedrich: Als Lehre aus der Vergangenheit will die neue Landesregierung die Bürgerinnen und Bürger künftig bei bedeutsamen Infrastrukturvorhaben frühzeitig einbeziehen. Wir werden einen Leitfaden für eine neue Planungs- und Beteiligungskultur erarbeiten, die dem Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Information und Mitgestaltung gerecht wird. Die Voraussetzung hierfür ist Transparenz und frei zugängliche Information, wofür wir uns durch diverse Maßnahmen einsetzen werden. Ganz im Sinne Willy Brandts, der am 28. Oktober 1969 in seiner Regierungserklärung sagte: „Die Regierung kann in der Demokratie nur erfolgreich wirken, wenn sie getragen wird vom demokratischen Engagement der Bürger.“

Zur Person

Seit Mai 2011 ist Peter Friedrich Minister des Landes Baden-Württemberg für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten. Der Diplom-Verwaltungswissenschaftler war von 2005 bis 2011 Abgeordneter des Deutschen Bundestages. In dieser Eigenschaft war er u. a. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie; Mittelstandsbeauftragter der SPD-Fraktion und Obmann der SPD in der Enquete Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Von 2009 bis 2011 war er zudem Generalsekretär der SPD Baden-Württemberg.

Demokratie in Deutschland 2011

„Demokratie braucht Demokraten“ – mit diesen prägnanten Worten brachte Friedrich Ebert auf den Punkt, dass Demokratie zu ihrer Sicherung und Fortentwicklung des überzeugten Engagements und des Vertrauens ihrer Bürgerinnen und Bürger bedarf. Mit dem Report „Demokratie in Deutschland 2011“ möchte die Friedrich-Ebert-Stiftung einen Beitrag zur Demokratiedebatte leisten. In neun zentralen Themenbereichen stellen führende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dar, wie es um die Leistungs- und Gestaltungsfähigkeit der deutschen Demokratie bestellt ist, welchen Gefährdungen sie ausgesetzt ist und welche Anstrengungen zur Stärkung und Belebung der Demokratie unternommen werden sollen:

- Einstellungen zur Demokratie
- Primat der Politik
- Partizipation und Inklusion
- Partizipation und Engagementbereitschaft in Parteien
- Jugend und Demokratie
- Demokratie und Geschlecht
- Medien und Demokratie
- Wirtschaft und Demokratie
- Rechtsextremismus und Rechtspopulismus als Herausforderungen für die Demokratie

Der Demokratiereport kann als PDF-Datei unter <http://www.demokratie-deutschland-2011.de/> heruntergeladen werden. Demnächst wird eine ausführliche Publikation erscheinen, die zudem die Diskussionsbeiträge des Demokratiekongresses der Politischen Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 29. und 30. Juni 2011 berücksichtigt.



Fünf Thesen zu ...

Fünf Experten aus Wissenschaft und Politik formulierten Thesen zu unterschiedlichen „Baustellen der repräsentativen Demokratie“. Prof. Dr. Sigrid Baringhorst, Dr. Serge Embacher, Andreas Gross, Oberbürgermeister Gert Hager und Katja Mast MdB lieferten erste Impulse für die Diskussionen in den Foren des World-Cafés am Nachmittag.

Politische Partizipation und soziale Inklusion

Zu Beginn präsentierte Baringhorst Überlegungen zu unserem Demokratiemodell. Sie betonte, dass Entscheidungen – im Sinne der liberalen Demokratie – an soziale Inklusion gekoppelt sein sollten, damit alle Bürger gleichberechtigt Einfluss auf Kollektivwerte und Entscheidungen hätten. Als geeigneter Ansatz sei zu untersuchen, ob die Gruppe der Entscheidungsträger in der Politik die Sozialstruktur der Bevölkerung abbilde. Dabei sei festzustellen, dass beispielsweise die Zahl der Arbeiter und Angestellten in den Parteien in den letzten Jahren gesunken, dafür jedoch die Zahl der Beamten und der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst angestiegen ist.

Im Ergebnis läßt sich feststellen, dass eine große Differenz zwischen politischen Entscheidungsträgern und Sozialstruktur innerhalb der Bevölkerung hinsichtlich deren Beschäftigung existiert – schließlich besteht die Bevölkerung nicht zu 40 % aus Beamten.

Was die politischen Einstellungen angeht, so ordneten sich Parteimitglieder und Wähler zwar weitgehend ähnlich ein, d. h. politisch links von der Mitte. Ein starkes Exklusionsproblem sei jedoch hinsichtlich des Politikinteresses je nach Bildungshintergrund der Bürger erkennbar. Die soziale Inklusion nimmt im Allgemeinen ab, während das Gefühl, politisch nichts bewirken zu können gerade in den niedrigeren Bildungsschichten zunimmt.

Bezugnehmend auf diese empirischen Ergebnisse bezweifelte die Politikwissenschaftlerin, ob herkömmliche Formen der stärkeren Bürgerbeteiligung zur Lösung dieser sozio-politischen Differenzen füh-

ren könne. Beispiele wie der Bürgerentscheid in Hamburg, in dem eine negative Korrelation zwischen der Zahl der Sozialleistungsempfänger und der Beteiligung am Bürgerentscheid gemessen werden konnte, bestätigten die Vermutung, dass Formen der direkten Demokratie sozial schwächere Schichten tendenziell stärker ausschließen als beispielsweise Wahlen.

Prof. Dr. Baringhorst zog daher das Fazit, dass Zivilgesellschaft und Straßenproteste nicht unbedingt die optimalen neuen Partizipationsmechanismen seien. Es müssten neue Formen inklusiver Beteiligungsformen gefunden werden, sagte die Politikwissenschaftlerin.

Zur Person

Frau Prof. Dr. Sigrid Baringhorst ist seit Oktober 2000 Politikwissenschaftlerin an der Universität Siegen. Die geborene Westfälin lehrte bereits als Dozentin in Großbritannien und Sydney, Australien. Frau Prof. Dr. Baringhorst engagiert sich in zahlreichen Gremien und Organisationen, darunter als Mitglied des Forschungsbeirats des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und in der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft.





Wie Parteien und Gewerkschaften Demokratiedistanz erzeugen

Dr. Serge Embacher vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement stellte zunächst fest, dass das politische Engagement innerhalb der Bevölkerung zurück geht und zudem das Misstrauen gegenüber Politikern wächst. Die Gründe für die wachsende Politikverdrossenheit seien zahlreich. Ein Grund sei sicherlich, dass die Erwartungen der Bürger an eine soziale Politik enttäuscht wurden. Embacher gab zu bedenken, dass die Qualität der Demokratie in Deutschland von der sozialen Gerechtigkeit abhänge. Dementsprechend verstärkten beispielsweise die Hartz IV-Reformen das Gefühl, die Politik fördere die Ungleichheit.

Weiterhin sieht der Politikexperte die zunehmende Politikverdrossenheit in autoritären Entscheidungswegen begründet. Die Politik regiere von oben nach unten, was zur Frustration innerhalb der Bevölkerung führe. Auch die unklare Sprache der Politiker nahm Embacher in die Kritik. „Es werden oft leere Begriffe wie ‚alternativlos‘ gebraucht, die eine Diskussion ausschließen“, sagte der Experte. Die Sprache der Politiker sei häufig zu unver-

ständiglich, es müsse mehr Klartext gesprochen werden.

Das bürgerschaftliche Engagement wird auch durch den zunehmenden Einfluss der Demoskopie gefährdet: Entscheidungen und Positionen orientieren sich zu häufig an Umfragewerten. Auch das soziale Auseinanderdriften der Gesellschaft bezeichnete Serge Embacher als Ursache für das abnehmende politische Interesse. Einerseits hätten immer mehr Menschen Angst vor dem sozialen Abstieg. Andererseits dominiere in den

elitären Schichten der Bevölkerung der Leistungsgedanke gegenüber der Solidarität. Vor allem aber sei die wenig repräsentative Zusammensetzung der Parteien Ursache des wachsenden Misstrauens gegenüber der Politik.

Zur Lösung dieser Probleme schlug Embacher den Gewerkschaften mehr Transparenz und eine verstärkte Jugend- und Öffentlichkeitsarbeit vor. Den Parteien riet er, für mehr Möglichkeiten der Mitbestimmung innerhalb ihrer Strukturen zu sorgen.

Zur Person

Dr. phil. Serge Embacher ist Politikwissenschaftler und Publizist. Er hat zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung das Buch „Demokratie! Nein danke?“ – eine Studie zum Thema Demokratiedistanz und Politikverdrossenheit herausgebracht. Serge Embacher war bis Ende 2010 Leiter der Koordinierungsstelle des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation beim Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement. Seine wissenschaftlichen Schwerpunkte liegen unter anderem in der Demokratietheorie und der Theorie der Öffentlichkeit.



Zur Krise der Demokratie in Europa und was direkte Demokratie zu deren Überwindung beitragen kann

Andreas Gross, Politikwissenschaftler und Mitglied des Europarats, formulierte im Rahmen seines Vortrages einige Thesen zur Weiterentwicklung der Demokratie in Europa. Demokratie sei ein ewiger Prozess, wobei die Demokratie immer weiter verbessert wird, jedoch keinen Status der absoluten Perfektion erreichen könne. Verbesserungen könnten, so Gross, beispielsweise durch die Einführung zusätzlicher direktdemokratischer Elemente erreicht werden. Schließlich stellten diese die parlamentarische Demokratie nicht in Frage, sondern machten sie sogar noch repräsentativer.

Die engen demokratischen Entscheidungsprozesse in Europa seien mitverantwortlich für die Krise, in der Europa sich derzeit befinde. Als Folge dieser europäischen Krise fühlen sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger ohnmächtig, fremdbestimmt und der Politik sowie der EU entfremdet.

Andreas Gross sieht den Abbau dieses Entfremdungsprozesses in der Schaffung einer europäischen Verfassungsgrundlage.

„Diese Verfassung muss sich das Volk selbst geben, denn der Druck für eine andere Demokratie muss von unten kommen“, erklärte der Experte.

Für die Entwicklung der Demokratie sei die EU ein wichtiger Impulsgeber, denn nur durch die Transnationalisierung, die Aufhebung der nationalstaatlichen Grenzen, könne das Primat der Politik restauriert werden. Um diesen großen Schritt überhaupt tun zu können, bräuchte die Politik die Erfahrung einer starken

Basis auf nationaler und regionaler Ebene, die der Erweiterung um direktdemokratischer Elemente bedürfe. Im Zuge dessen gehört laut Andreas Gross auch das Quorum abgeschafft, „denn diejenigen, die abstimmen wollen, sollten nicht durch diejenigen, die nicht abstimmen wollen, vom Entscheiden abgehalten werden.“ Direkte Demokratie sei bürgerfreundlich und verändere die politische Kultur: „Nur mit Partizipation kann sozialer Ausgleich geschaffen werden!“



Zur Person

Geboren in Japan und aufgewachsen in der Schweiz ist der Politikwissenschaftler Andreas Gross Mitglied im Nationalrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft und Vorsitzender der Sozialdemokraten im Europarat in Strassburg. Andreas Gross ist Mitbegründer des privaten Wissenschaftlichen Institutes für Direkte Demokratie in Zürich, sowie der europäischen Demokratie- und Verfassungsbewegung „eurotopia“. Er ist außerdem Verfasser, Herausgeber und Mitherausgeber zahlreicher Aufsätze und Bücher.



Demokratie fängt vor Ort an

Gert Hager, Oberbürgermeister von Pforzheim, stellte den „Masterplanprozess“ der Pforzheimer Kommunalpolitik vor und zeigte damit Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung vor Ort auf.

Ausschlaggebend für die Entwicklung des Masterplans war die Erkenntnis, dass die klassischen politischen Prozesse die Menschen sowohl bezüglich ihrer Interessen als auch in Bezug auf ihr Potenzial nicht mehr in vollem Maße erreichen können. Aus diesem Grund entwickelte die Stadt Pforzheim den Masterplan, der insgesamt sechs Bereiche umfasst, darunter Wirtschaft und Arbeit; Finanzen, Bildung und Entwicklungschancen; Mobilität, Stadtbild und Wohnen sowie Natur und Kultur. Hager räumte zwar ein, dass ein solcher Prozess einen hohen Zeitaufwand mit sich brächte, doch lohne sich der Aufwand allemal. „Es geht ein Ruck durch die Stadt, der zu einem verstärkten Bewusstsein und großem Engagement der Bürger für ihre Stadt führt.“

Die Umsetzung und Durchführung des Masterplans vollzieht sich durch die Initiative der Bürgerinnen und Bürger und nicht durch klassische politische

Gremien. Es würden sich viele junge und „neue“ Bürger, sowie „Alteingesessene“ an dem Projekt beteiligen. Einziger Wehrmutstropfen ist für Gert Hager die Erkenntnis, dass vor allem die sozial benachteiligten Bürgerinnen und Bürger, diejenigen die vor allem mitbestimmen sollten, am schwersten zu erreichen sind. Zwar wurden beispielsweise über die ARGE Einladungen verschickt, doch bedauerlicherweise ohne Resonanz.

Bezüglich der Beteiligung der Mitarbeiter mit Migrationshintergrund sind schon deutlich positivere Ergebnisse zu verzeichnen. Etwa 42 % der engagierten Bürgerinnen und Bürger haben einen Mig-

rationshintergrund. Auf die Frage, ob sich junge Leute nicht viel lieber in Projekten engagierten, die globalen Frieden und Gerechtigkeit zum Ziel hätten statt bei kommunalpolitischen Belangen, antwortete der Oberbürgermeister: „Wo sollen die Bürgerinnen und Bürger sich denn sonst engagieren, wenn nicht auf kommunaler Ebene? Hier betreffen die Themen die Bürger schließlich direkt, sei es im Bereich Schule, Sozialpolitik oder der Stadtgestaltung.“ Und einmal angestoßen, ließe sich eine solche Beteiligungskultur nicht mehr „zurückschrauben“. Auch nach Fertigstellung des Masterplans rechne er mit der regen Partizipation der Bürgerinnen und Bürger.

Zur Person

Gert Hager ist seit 2009 Oberbürgermeister der Stadt Pforzheim, der Stadt in der er auch geboren und aufgewachsen ist. 1991 bis 1992 arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Gunter Huonker, MdB und im Anschluss übte er diverse Referenten- und Führungstätigkeiten bei der Bundesagentur für Arbeit in Bonn, Karlsruhe, Nürnberg, Freiburg aus. Von März 2003 bis Juni 2009 war Hager Bürgermeister für Schule, Soziales, Kultur und Sport der Stadt Pforzheim.



Junge Leute für Politik begeistern: *Junger Rat für Mast*

Die Bundestagsabgeordnete Katja Mast stellte im Rahmen der Quergedacht-Veranstaltung ihr Projekt *Junger Rat für Mast* vor und lieferte damit ein gutes Beispiel, wie Demokratiedistanz unter Jugendlichen abgebaut werden kann.

Zur Veranschaulichung und Vorstellung des Projekts waren auch Florian Schuller, Lehrer am Kepler-Gymnasium in Pforzheim und der Schüler Christian Reinecke eingeladen. Der Gemeinschaftskundelehrer hatte sich zusammen mit seiner 9. Klasse für die Teilnahme am Projekt *Junger Rat für Mast* beworben.

Ziel des Projekts ist es, die Bundestagsabgeordnete zu ausgewählten politischen Themen zu beraten und gleichzeitig die Welt der Politik kennen zu lernen, berichtete Christian. Katja Mast erläuterte den Bewerbungsprozess, an dem alle Schulen, ob Haupt-, Realschule oder Gymnasium, teilnehmen könnten. Zunächst würden die Rektoren aus dem Wahlkreis der Abgeordneten mit konkreten Themenvorschlägen angeschrieben, zu denen sich die Politike-

rin gern beraten lassen würde. Das erste Treffen dient zum Kennenlernen und der Beantwortung von Fragen der Schüler, die im Allgemeinen sehr interessiert daran sind, von den Abläufen innerhalb des politischen Systems zu erfahren. Nach einer mehrwöchigen Projektphase, in der die Schülerinnen und Schüler im Unterricht die Thematik erarbeiten, findet ein zweites Treffen mit der Politikerin statt. Bei diesem Treffen ist es nun Aufgabe der Schüler, die Bundestagsabgeordnete zu beraten, während diese nun vor allem zuhören müsse.

„Ich lasse die Empfehlungen der Schülerinnen und Schüler oft in meine alltägliche Arbeit einfließen“, sagte Katja Mast zu ihrem Projekt. Natürlich diene ihr Programm nicht der parteipolitischen

Bildung, sondern vielmehr der Belebung des Unterrichts und der Erziehung zur Demokratie. Dies unterstrich auch Herr Schuller und fügte hinzu, dass das Projekt seine Schülerinnen und Schüler zum politischen Handeln ermutige. Die Lehrenden müssten begleitend die Interessen ihrer Schülerinnen und Schüler aufnehmen, in demokratische Bahnen lenken und ihnen ihre politischen Möglichkeiten aufzeigen. Für den Schüler Christian Reinecke war der *Junger Rat für Mast* eine völlig neue Erfahrung: „Vorher war das immer sowas nicht Greifbares [...] Politik ist in Berlin und Berlin ist ganz weit weg. Und das war nie so das Gefühl, dass ich mich da engagieren kann, dass ich da was machen könnte mit der Politik.“

Zur Person

Die geborene Offenburgerin ist seit 2005 Mitglied des Bundestags, dort ist sie im Ausschuss für Arbeit und Soziales und dem Ausschuss für Finanzen tätig. Mit ihrem Projekt *Junger Rat für Mast* lässt sich die Politikerin von Schülerinnen und Schülern beraten und bietet ihnen so Einblicke in die praktische Politik. 2003 bis 2005 war sie als Referentin für Personalstrategie der Deutschen Bahn AG in Berlin tätig. Zuvor war die Madagaskar-Liebhaberin Projektleiterin und stellvertretende Bereichsleiterin im Institut für Organisationskommunikation (IFOK), Bensheim, Berlin.



Stimmen der Teilnehmenden

World-Cafés werden gemacht, damit sich die Teilnehmenden in lockerer Atmosphäre über bestimmte Themen austauschen können. Mit entsprechendem Vorwissen und einer Portion Kreativität entwickeln sie neue

Perspektiven auf aktuelle Themen der Politik. Sie finden sich in Grüppchen zusammen, um über das Thema ihres Interesses zu diskutieren. Meinungen werden ausgetauscht, Ideen entwickelt und Lösungen ge-

neriert. Dabei können die Gruppen wechseln, so dass kreative Impulse entstehen und Synergien geschaffen werden. Im Rahmen des World-Cafés, haben wir einzelne Stimmen der Teilnehmenden eingefangen:



Susanne Nittel

„Mehr Bürgerbeteiligung steuert der Politikverdrossenheit entgegen. Veranstaltungen, bei denen offen über Parteireformen und Motivation von jungen Menschen für Politik und Gesellschaft gesprochen und diskutiert wird, sind die Basis für glaubwürdige Partizipation. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat mit

„Quergedacht“ in Pforzheim einen wichtigen Beitrag geleistet.“

Jochen Ahlers

„Durch Gespräche mit interessierten Bürgern und Nicht-Politikern nach Ursachen der Parteien- und Politikverdrossenheit und nach Lösungen zu suchen, halte ich für eine sinnvolle Idee. Mir imponierte die Vielzahl unterschiedlicher Teilnehmer und Meinungen, die bei dem Treffen zusammenkamen. Die Ideen, die so zusammengekommen sind, bilden verschiedene Gruppen der Gesellschaft und deren Ansprüche an die Demokratie ab.“



Boris Klecina

„Am Ende des intensiven, fordernden, nicht immer einfachen, aber absolut lohnenswerten Thementages stand für mich eine einfache Erkenntnis: Unsere Demokratie braucht keine brutale Operation am offenen Herzen – wir Demokraten sind ihre Selbstheilungskräfte. Interesse und Leidenschaft, für die Demokratie zu arbeiten

und zu kämpfen, sind ungebrochen. Aber die Politik muss das auch würdigen!“



Bettina Bunk

„Eine Parteireform macht dann Sinn, wenn die Mitglieder sich in ihrem Einsatz und Beitrag ernst genommen sehen. Dazu gehören nicht nur strukturelle Maßnahmen, sondern vor allem eine Bewusstseinsänderung. Diese beinhaltet erstens mehr gegenseitigen Respekt, zweitens offene Kommunikation und drittens Entscheidungs-

findung von unten nach oben mit viertens Austausch von Argumenten. Vertrauen und Beteiligung seitens der Mitglieder und darüber hinaus entstehen dann, wenn auch konkrete Erfolge des eigenen Einsatzes sichtbar werden.“



Florian Schuller

„Quergedacht hob sich meiner Meinung nach von allen bisherigen angebotenen Veranstaltungen ab, da man die theoretische Durchdringungen des Themas Demokratie/Partizipation und die versammelte geballte fachliche Kompetenz nicht sich selbst überließ, sondern einem breiten Publikum die Möglichkeit gab, Einblicke in

die empirischen Entwicklungen zu nehmen. Das Ergebnis waren pragmatische und anwendungsorientierte Leitideen für die Angleichung partizipativer Strukturen an die aktuellen gesellschaftlichen Gegebenheiten. Ein abschließendes gemeinsames Positionspapier und eine Bündelung der Ideen in einzelnen Netzwerken (z. B. Schule, Gemeinde) wäre wünschenswert gewesen. Es sollte auch nach konkreten Vereinbarungen gesucht werden und Vorüberlegungen zu möglichen Projekten und Zusammenarbeiten getroffen werden.“

World Café

Am Nachmittag fanden fünf verschiedene Themenforen statt. Inspiriert von den Impulsen der eingeladenen Experten, die am Vormittag ihre Thesen vorgestellt hatten, diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nun selbst und brachten eigene Gedanken und Vorschläge bezüglich der Demokratieentwicklung ein.

Wie können die ausgeschlossenen Bürgerinnen und Bürger einkommensschwacher und bildungsferner Schichten besser erreicht werden? Diese Frage beschäftigte die Teilnehmenden der ersten Gruppe unter Leitung von Klaus Kluge am intensivsten. Sie folgten dabei weitgehend der Argumentation von Prof. Dr. Sigrid Baringhorst, die Lösungsansätze beispielsweise im Bereich der Kommunalpolitik sieht: „Kommunalpolitik muss der sozialen Exklusion entgegenwirken, dafür müssen kostenneutrale, öffentliche Orte genutzt werden, um auf Migranten, Jugendliche und bildungsschwache Erwachsene zugehen zu können“. Schulen, Freizeitzentren aber auch Moscheen böten sich an. Auch die Zusammenarbeit mit „Viertelgestaltern“, also Menschen, die den sozialen Aufstieg geschafft haben,



aber in ihrem Viertel geblieben sind, kann den Zugang zu diesen Bevölkerungsgruppen erleichtern, so die Meinung der Diskutierenden. Die massive Verbesserung der Bildungschancen für alle sind Grundvoraussetzungen für soziale Inklusion. Mit Blick auf die Parteien stellten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer fest: „Parteien dürfen kein instrumentelles Verhältnis zu sozial Ausgeschlossenen entwickeln. Es

muss wieder mehr zugehört werden!“

Moderiert durch Bettina Bunk diskutierten die Teilnehmenden des zweiten Forums einige der Thesen Serge Embachers. Zunächst ging es um die Rolle der Ortsvereine, die unter Geldmangel und Mitgliederschwund leiden. Daher lautete eine der Handlungsempfehlungen, den Parteien mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Zum anderen müsste

Neumitgliedern eine offenere und freundlichere Aufnahme zuteil werden. Parteien sollten sich zunehmend um Nicht-Mitglieder kümmern und diese mehr mitdiskutieren lassen – bei gleichzeitiger Stärkung der Rechte der Mitglieder. Auch eine sozialere Politik und mehr Herzblut der Politiker und Parteimitglieder wurde von der Gruppe des zweiten Diskussionsforums gefordert.





Dass mehr direkte Demokratie zur Weiterentwicklung der Demokratie unumgänglich ist, darüber waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des dritten Forums unter Leitung von Boris Klecina und aktiver Beteiligung von Andreas Gross einig. Doch wo soll diese ansetzen? Die Teilnehmenden sahen die Antwort beispielsweise in der rechtzeitigen Befragung der Bürgerinnen und Bürger zu Großprojekten vor Ort. Auch die Stärkung der Rechte europäischer Abgeordneter wurde gefordert. Menschen, die in Europa leben, sollen die Macht haben, Europa zu gestalten, so der Konsens innerhalb der Gruppe. „Die repräsentative Demokratie ist am effizientesten, weil über die Masse der Entscheidungen nicht direkt entschieden werden kann. Doch sollte die Möglichkeit der Abstimmung über Einzelentscheidungen gegeben werden“, lautete eine Teilnehmerstimme.

Wie kann die Kommunalpolitik die Weiterentwicklung der Demokratie vorantreiben? Unter der Moderation von Angela Godawa und der Expertise von Oberbürgermeister Gert Hager kamen



die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des vierten Diskussionsforums zu dem Ergebnis, dass die kommunale Ebene in Deutschland Vorreiter für demokratische Partizipation ist. Um in dieser wichtigen Rolle bildungsferne Bürger nicht auszuschließen, muss vor allem in die Bildungspolitik investiert werden. Wenn die Leute resignierten und kein Interesse mehr an politischen Entscheidungen zeigten, müsse man sie eben da „abholen“ wo sie stehen, sagte OB Gerd Hager. Der Lösungsansatz hier lautet: „Man muss die Menschen über Veranstaltungen erreichen in den Bereichen, in denen sie sich wohl fühlen“.

Die Teilnehmenden des fünften Forums diskutierten zusammen mit der Bundestagsabgeordneten Katja Mast, geleitet von Daniela Harsch, über die Ergebnisse der Sinus-Studie zum Thema „Jugend und Politik“. Diese Studie zeigt auf, dass Jugendliche sich selbst überwiegend als „nicht politisch“ ansehen und die Politik als „weit entfernt“ wahrnehmen. Dennoch gibt es durchaus Interesse für politische Sachthemen bei Jugendlichen.

Dies bestätigt auch die jüngste Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung: „Sprichst du Politik?“. Die Schulen – so die Studie – hätten für die Schülerinnen und Schüler schließlich noch stärker „Schule der Demokratie“ zu sein. Wie kann Jugendlichen in der Schule also möglichst früh das Prinzip „Demokratie“ vermittelt werden, damit sie später selbst einmal aktive Demokraten werden? Dies kann wohl nur dann erfolgreich gelingen, wenn die Vermittlung nicht lediglich abstrakt im Sinne einer Institutionenlehre geschieht, sondern vor allem lebensweltlich, indem Schulkindern in ihrem sozialen Alltag demokratisches Handeln vorgelebt und beigebracht wird.

Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg
Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung
Werastraße 24, 70182 Stuttgart
Telefon: 0711 24 83 94-44
Telefax: 0711 24 83 94-50
info.stuttgart@fes.de
www.fritz-erler-forum.de



**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

Fritz-Erler-Forum
Baden-Württemberg